

Schulszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **72 (1985)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Ein erweiterter sozialpädagogischer Auftrag der Schule

Die bange Frage, die auch in den Ausführungen von Franz Pöggeler durchschimmert, ist, ob die Schule noch weitere Aufträge verkraften kann. Sind die Lehrer nicht schon hoffnungslos überlastet mit vielfältigen Aufträgen wie beispielsweise Verkehrserziehung, Gesundheitserziehung, Sexualerziehung? Zugleich werden auch die stofflichen Leistungsziele immer präziser und vielfältiger. Selbstverständlich sind Beschränkungen notwendig – es gilt von den einzelnen Schülern einer Klasse und vom Klassenganzen her Prioritäten zu setzen. Im Falle einer grossen Zahl von Einzelkindern mit ähnlichen «Erziehungsauffälligkeiten» könnten daraus resultierende Erziehungserfordernisse für eine Anfangsphase in den Vordergrund rücken, vermutlich auch zulasten von stofflichen Schwerpunkten.

Zugleich wäre auch zu prüfen, ob in gewissen Situationen die Schulorganisation flexibler sein sollte. Kleinere Klassen, flexiblere Schulzeiten können manchmal bereits neue Freiräume für «schülerorientierteres Erziehen und Unterrichten» darstellen. Die Schulorganisation muss wieder in einen dem einzelnen Schüler anpassungsfähigeren Entscheidungsspielraum zurückgeführt werden.

In Abhebung zu Franz Pöggeler ist die Tatsache, dass «Einzelkinder die Schule verändern», für mich keine völlig neue und belastende Situation für die Schule. Ich empfinde diesen Umstand sogar als Chance, erneut bewusst zu werden, dass im Grunde genommen jeder Schüler, ob Einzelkind oder nicht, eine eigenständige und individuelle Lebenssituation hat. Aufgabe der Schule und damit des Lehrers ist es, die daraus resultierenden Einzelbedürfnisse zu erkennen und diese in optimaler Weise im Klassengeschehen zu berücksichtigen.

Schulszene Schweiz

Kantone koordinieren Herbstschulbeginn

Die gesamtschweizerische Umstellung auf den Spätsommerschulbeginn soll aufgrund einer gemeinsamen Absprache der betroffenen Kantone erfolgen. Dies verlangte die Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) an ihrer Jahrestagung in Liestal. Zudem wurde die Absicht bekräftigt, die im Schulkonkordat umschriebene Koordinationsaufgabe aktiv fortzusetzen. Die EDK will insbesondere auch eine Harmonisierung des Stipendienwesens anstreben, wozu in nächster Zeit ein Thesenkatalog vorgelegt wird.

Ab 1989 gleicher Schulbeginn

1989 wird möglicherweise der erste einheitliche Schuljahresbeginn der Schweiz stattfinden. Vertreter der 13 Kantone mit Frühjahrsbeginn einigten sich auf eine einheitliche Übergangsregelung. Nach den Vorschlägen soll der Übergang zum Spätsommerbeginn gleichzeitig, und zwar auf das Schuljahr 1989/1990 durchgeführt werden. Zuvor wäre allerdings ein speziell langes Schuljahr zu bewältigen. Die Regelung soll nach den Vorstellungen der Kantonsvertreter nicht nur die obligatorischen Schulen, sondern

selbstverständlich auch die Mittelschulen, Berufsschulen und Kindergärten einschliessen.

Weitere Modalitäten sieht der Vorschlag als Kantonssache an. Darunter fallen laut Mitteilung der Erziehungsdirektorenkonferenz etwa die Regelung des Schuleintritts, der Ferien und der Abschlussprüfungen.

Die Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz feiert ihr 20jähriges Bestehen

Was gesamtschweizerisch als eher harzige Angelegenheit erscheint, steht in der Zentralschweiz seit langem unter einem offensichtlich günstigeren Stern: Die Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (IEDK) kann dieser Tage auf ihre 20jährige, erfolgreiche Geschichte zurückblicken. Die IEDK besteht offiziell seit dem Herbst 1965 und umfasst die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Zug und – seit 1970 – auch das Wallis (deutschsprachiger Teil). Die mannigfaltigen kulturellen Gemeinsamkeiten, die gleiche Grundstruktur der Schulsysteme, die ausgeprägte Kollegialität unter den Erziehungsdirektoren sowie die kluge Mischung von

freier Zusammenarbeit und Koordination sind laut EDK-Generalsekretär Moritz Arnet das Erfolgsrezept dieser ältesten Regionalkonferenz im schweizerischen Bildungswesen.

Zur Jubiläumsfeier auf Rigi-Kaltbad fanden sich auch die ehemaligen Erziehungsdirektoren ein, darunter einige Gründungsmitglieder. In Ansprachen des gegenwärtigen Präsidenten, Regierungsrat Anton Scherer, des ehemaligen und ersten Konferenzsekretärs und heutigen Generalsekretärs der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz, Moritz Arnet, und von Alt-Bundesrat Hans Hürlimann wurde Rückschau gehalten und auf die gegenwärtige und künftige Bedeutung der Regionalkonferenz im schweizerischen Schul föderalismus hingewiesen. Arnet zeigt auf, wie die sechs Zentralschweizer Kantone (später ergänzt durch das Deutschwallis) nach einer Phase der kollegialen Absprache dann in den frühen Siebzigerjahren die Hochkonjunktur für wichtige Gründungen nutzten, so die Akademische Berufsberatung, die Institutionalisierung der Reallehrerbildung, die Schaffung regionaler Kaderkonferenzen und schliesslich als Markstein die Einrichtung des Zentralschweizerischen Beratungsdienstes für Schulfragen ZBS. Dieser habe es denn auch erlaubt, in der dritten Phase – der inneren Schulentwicklung – in den letzten Jahren gesamtschweizerisch vielbeachtete Reformen und Absprachen durchzuführen. Arnet wie auch Konferenzpräsident Scherer wiesen daraufhin, dass die pädagogische Qualitätsverbesserung der Schulen innerhalb der eigenständigen Kantone, die regionale Zusammenarbeit und Koordination sowie die Mitwirkung an Projekten und Koordinationsbestrebungen im Schosse der EDK drei zwar verschiedene, aber aufeinander bezogene Pole im Wirkungsfeld der IEDK sind und bleiben sollen.

Unesco-Reform wurde aufgeschoben

Die 23. Generalkonferenz der Uno-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) ist am 9. November in Sofia mit harten Auseinandersetzungen zu Ende gegangen. Die Entwicklungsländer wollten die Frage einer neuen Weltwirtschaftsordnung in den Text der Schlussresolution aufnehmen, was einige westliche Länder jedoch ablehnten, weil diese Frage nicht in den Arbeitsbereich der Unesco falle.

Der verabschiedete Text spricht stattdessen von der «Bedeutung der Unesco bei der Herstellung gleichwertiger internationaler Beziehungen, besonders im wirtschaftlichen Bereich durch die Förderung von Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation». Während der sechswöchigen Sitzung in Sofia hatte die Unesco-Konferenz tiefe Einschnitte in ihrem neuen Zwei-Jahres-Programm vornehmen müssen, da durch den Austritt der USA 25 Prozent der Einnahmen (91 Millionen Dollar) ausgefallen waren. Der Etat der Fachorganisation beträgt jetzt 307 Millionen Dollar. Bei den Programmverhandlungen war nach Überzeugung westlicher Delegationen die in der Vergangenheit heftig kritisierte weitere Politisierung der Unesco verhindert worden. Eine Reform der Verwaltung wurde dagegen vertagt.

Die Schweiz ist von dem an der Generalkonferenz in Sofia eingeleiteten Kurswechsel «sehr befriedigt». Diese Bilanz zog der Chef der Schweizer Delegation, Botschafter Franz Muheim. Für Botschafter Muheim steht angesichts einer überwiegend positiven Bilanz ein Austritt der Schweiz nicht mehr zur Diskussion.

Hilfe bei Störungen im Kindes- und Jugendalter

Die *Vereinigung Schweizerischer Amtsvormünder* hat in Basel ihre Herbsttagung durchgeführt. Ihr Ausgangspunkt war die grosse Unsicherheit angesichts einer sich rasch und stetig verändernden «Landschaft» in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere ihrer Fremdversorgung, die den Amtsvormündern grosse Verantwortung überbindet. Ziel der Tagung war es deshalb, eine *Übersicht* über die Massnahmen zu vermitteln, die die Familie ergänzen oder sie gar ersetzen. Zur Jugendpolitik äusserte sich *Regierungsrat P. Facklam*, Vorsteher des Justizdepartements des Kantons Basel-Stadt. Ausgehend von den Forderungen der Eidgenössischen Jugendkommission nach mehr Freiraum und von den Antithesen Jeanne Herschs, wonach es um die *Vermittlung verbindlicher Wertvorstellungen* geht, bejahte er letzteres als Aufgabe von Elternhaus und Kirche. Jugendliche, denen diese Wertvorstellungen nicht vermittelt worden seien, hätten es schwer, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. Das verlange von der Jugendhilfe grosse Flexibilität. Der Staat habe, so Facklam, lediglich subsidiäre Funktion, einesteils im Beistand an Eltern und Jugendhilfe, damit sie ihre Aufgabe wahrnehmen könnten, andererseits im Anbieten eines Instrumentariums, das Freiräume schaffe. In der Stadt Basel werde diese Aufgabe mit Suchtprophylaxe auf allen Oberstufen, Quartierarbeit mit Freiwilligen, dezentralen und zentralen Jugendtreffs, Sportangeboten, Theater, Musik und einer Reihe anderer Aktivitäten wahrgenommen. Ja sagte er zum Recht der Jugendlichen, ihre Anliegen in die Gesellschaft zu tragen. Nein zu Forderungen, die gegen deren Spielregeln verstossen. – Einblicke in die Arbeit eines Drop-in in Neuenburg und in die Genfer Gassenarbeit beschlossen die reichhaltige Tagung.

(NZZ vom 24.10.85)

Laien und Ordensleute gemeinsam für eine Zukunft der katholischen Privatschulen

«Ordensleute und Laien – nebeneinander oder miteinander?», dies war das Thema der diesjährigen Studientagung der Katholischen Privatschulen der Schweiz. Sie hat dieses Jahr im Gymnasium St. Klemens in Ebikon stattgefunden und war von rund 60 Lehrerinnen und Lehrern, Rektorinnen und Rektoren der französischen und deutschen Schweiz besucht. Sind die katholischen Schulen wegen des Mangels an Ordensnachwuchs gefährdet? Können christlich engagierte Laienkräfte den Platz der Ordensleute einnehmen? Wie sehen künftige Formen der Zusammenarbeit von Ordensleuten und Laien aus?

Zwei namhafte Referenten aus Deutschland, P. Franz Voith und P. Hans Ollertz, brachten Erfahrungsberichte

ein. Die engagierten Diskussionen und die intensive Arbeit in Gruppen zeigten, dass in jeder der rund siebzig dem Verband angeschlossenen Schulen die Probleme anders gelagert sind. Die Tendenz jedoch ist eindeutig. Die Laien können die Ordensleute nicht in jedem Bereich ersetzen; die meisten Schulen haben nur eine Zukunft in der gemeinsamen Arbeit von Laien und Ordensleuten. Neue Modelle der Zusammenarbeit sind zu entwickeln; Entscheidungsstrukturen sind offenzulegen und die Laien an den Entscheidungen zu beteiligen. Diese schwierige Aufgabe ist nur zu verwirklichen in einem Geist der Solidarität, der über die blosser Pflicht-Erfüllung hinausgeht.

Die finanzielle Seite der Schulen wurde vom Genfer Privatschuldirektor Henri Moser beleuchtet. Privatschulen müssen gerade dank ihrer grösseren Flexibilität neue Bildungsangebote ausfindig machen, die die Existenz der Schulen sichern. Allerdings Geld machen lässt sich in der Regel mit einer Privatschule nicht.

Aus der Tagung soll ein «Leitfaden zur Überprüfung der Situation und Zukunftsperspektive katholischer Schulen» hervorgehen. Die erfolgreich verlaufene Tagung zeigt einerseits die klare Absicht zur Fortführung katholischer Schulen, andererseits deren Lebensfähigkeit; denn in einigen Fällen ist die geteilte Verantwortung von Ordensleuten und Laien in Schule und Internat sehr weit vorangeschritten.

Blickpunkt Kantone

ZH: Umwandlung der bisherigen Unterseminare in Lehramtsschulen

Der Erziehungsrat hat 1984 beschlossen, die drei noch bestehenden Unterseminar-Abteilungen an den *Kantonsschulen Küsnacht, Stadelhofen und Wiedikon* auf Beginn des Schuljahres 1986/87 in Lehramtsschulen mit Anschluss an die 2. Klasse der Sekundarschule und einer Ausbildungsdauer von 4½ Jahren umzuwandeln. Im Sinne einer Übergangslösung werden im Frühling 1986 letztmals 1. Klassen des Unterseminars neben 1. Klassen der Lehramtsschule gebildet.

Als Folge der Umwandlung kann nun an allen Maturitätsschulen des Kantons Zürich die Maturität nach 12½ Schuljahren erworben werden (die Ausbildung über das Unterseminar dauert 13 Jahre). Allerdings gibt es damit in Zukunft keine Maturitätsschule mehr mit reglementarischem Anschluss an die 3. Klasse der Sekundarschule. Für die *Kantonsschule Küsnacht* – vielerorts immer noch als «Seminar Küsnacht» bekannt – geht damit die über 40jährige Geschichte des Unterseminars allmählich zu Ende. Obwohl die Lehrer das Unterseminar gerne beibehalten hätten, sehen sie nun dem Neubeginn mit der Lehramtsschule hoffnungsvoll entgegen.

Die Bildungsziele bleiben im wesentlichen dieselben wie am Unterseminar. Gestrichen wurde das bisher obligatorische Fach «Einführung in pädagogische Fragen»; damit wird ein Rest seminaristischer Berufsausbildung aus der Mittelschule verbannt. *Ziel der Lehramtsschule* sind die Hochschulreife (kantonale Maturität) und die Vermittlung einer ausgewogenen Allgemeinbildung. Die *deutsche Sprache* und die *musischen Fächer* werden neben den übrigen Maturitätsfächern besonders gepflegt. Ein wichtiges Anliegen ist das Wecken und Fördern gestalterischer Fähigkeiten auf verschiedenen Gebieten. Die Schule wird sich bemühen, ihre Schüler menschlich zu erfassen, sie zum Denken und Handeln in grösseren Zusammenhängen hinzuführen und im Hinblick auf ihre spätere Tätigkeit zu orientieren.

Die *kantonale Lehramtsmaturität* berechtigt zum Eintritt in das *Seminar für Pädagogische Grundausbildung*, zur Immatrikulation an allen Fakultäten der *Universität Zürich* mit Ausnahme der medizinischen, zum Studium an der *Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* St. Gallen sowie zur Ausbildung als *Turn- und Sportlehrer* an der ETH Zürich.

Die Lehramtsmaturität kann durch ihre typenspezifischen Akzente eine *Alternative* zu den eidgenössisch anerkannten Maturitätstypen sein. Im Gegensatz zu den traditionellen Gymnasien, bei denen die musischen Disziplinen unter den obligatorischen Fächern kaum Platz haben, belegen an den Lehramtsschulen die Fächer Musik und Zeichnen zusammen etwa 15 Prozent der Stunden. Obwohl nicht eidgenössisch anerkannt, kann die Lehramtsschule mit ihrem Programm die Forderungen der eidgenössischen Maturitäts-Anerkennungsverordnung (MAV) nach einer «ausgewogenen Ausbildung des Verstandes, des Willens, der Gemütskräfte und des Leibes» erfüllen.

R. Gsell, Prorektor der Kantonsschule Küsnacht
(NZZ vom 11.11.85)

ZH: Schulversuchsverlängerung im Wehntal

Ohne Diskussion hat die *Gemeindeversammlung* der Oberstufenschulgemeinde Niederweningen den *abteilungsübergreifenden Versuch an der Oberstufe* (AVO) um fünf Jahre bis 1991 verlängert. Von den 147 Stimmbürgern sagten nur 12 Nein. Mit dem Versuch in Niederweningen ist 1983 gestartet worden.

Der Schulpräsident legte die Gründe dar, warum der Versuch weiterzuführen sei. Vor allem hätten die positiven Urteile der Eltern, Schüler und Lehrer den Ausschlag gegeben. Bevor man das Geschäft der Gemeindeversammlung präsentierte, führten Schulpflege und Lehrerschaft eine neutrale Umfrage sowie eine Standortbestimmung durch.